

Mainz, 16.11.2016

Antrag 1685/2016 zur Sitzung Stadtrat am 23.11.2016

Antrag zum Entwurf der Verwaltung zum Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)

Gemeinsamer Antrag zum Entwurf der Verwaltung zum „Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018“ (1358/2016) und zum Antrag des Jugendhilfeausschusses (1442/2016)

zur Sitzung des Finanzausschusses, des Haupt- und Personalausschusses und des Stadtrates am 23. November 2016

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt hängt entscheidend von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Dabei gilt es durch Konsolidierung Handlungsspielräume für kommende Generationen zu erhalten und gleichzeitig für die Zukunft zu investieren. In den letzten Jahren ist es durch Schaffung von Synergieeffekten, einem strikten Konsolidierungskurs, Einnahmeerhöhungen und Dank des Beitritts der Landeshauptstadt Mainz zum kommunalen Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz gelungen, die Haushaltssituation der Stadt positiv zu beeinflussen. So hat die Stadt Mainz in den Ergebnishaushalten 2013 und 2015 zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Überschüsse erzielt.

Investitionen

Um Mainz als lebens- und liebenswerte Stadt zu erhalten, wollen wir den bereits eingeschlagenen Weg getätigter Investitionen in den Bereichen Wohnen, Schulen, Integration, Kinderbetreuung, Unterbringung und Pflege von älteren Menschen, Jugend- und Erwachsenenbildung, in Sportplätze, in Verkehrsinfrastruktur und Stadtumbau weiterbegehen. Aber auch Neuinvestitionen in wichtigen Feldern des bürgerschaftlichen Lebens wie die Bürgerhäuser sowie den Wirtschaftsstandort und der Tagungsort Rheingoldhalle werden getätigt.

Mainz ist eine attraktive Stadt mit hoher Anziehungskraft. Die Folgen für den Wohnungsmarkt sind deutlich steigende Mieten und Immobilienpreise. Um dem akuten Wohnungsbedarf gegenzusteuern, wurden binnen kürzester Zeit mehr als 1.500 Wohnungen und Wohnheimplätze für Studierende neu errichtet. Das hat den allgemeinen Wohnungsmarkt entlastet. Weiter wurden in den letzten Jahren neue Baugebiete ausgewiesen (Großberghang, am Großen Sand, Gonsbachterrassen und Winterhafen). Die hohe Nachfrage nach dem dort errichteten Wohnraum und die vollständige Belegung der neuen Quartiere zeigen aber, dass damit der Bedarf nicht gedeckt ist.

Aus diesem Grunde sind bis Ende des Jahres 2020 rund 6.500 neue Wohnungen (mit Fokus auf Sozialverträglichkeit) nicht nur erwünscht, sondern befinden sich dank bereits getätigter Baulandmobilisierungen, Verhandlungen mit Investoren sowie Rahmenplanungen inklusive Planungswerkstatteergebnissen längst in der praktischen Umsetzung. Das Heiligkreuz-Viertel, der Zoll- und Binnenhafen oder die Peter-Jordan-Schule sind Beispiele hierfür.

Eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung solcher Vorhaben ist die Identifizierung und Entwicklung weiterer Flächen/Wohngebiete zur Steigerung des Wohnraumangebotes. Dabei wird konsequent dem Prinzip Innenentwicklung vor Außenentwicklung als Leitfaden der Planungen Folge geleistet. Zur Unterstützung hierfür notwendiger Maßnahmen werden im Teilfinanzhaushalt, Amt 80 – Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, die geplanten Einnahmen sowie Ausgaben um jeweils 500.000 Euro erhöht (Kennziffer 7000199 und Kennziffer 7000208).

Mainz wächst weiter. Dazu ist es in den einzelnen Stadtteilen gleichzeitig notwendig, zentrale Treffpunkte für die Mainzer Bürgerinnen und Bürger sowie für viele Mainzer Vereine als Ort des bürgerschaftlichen Lebens zu erhalten. Die Mainzer Bürgerhäuser sind in ihrem derzeitigen Zustand jedoch nicht mehr zukunftsfähig. Aus diesem Grunde wird die Kapitalhilfe aus dem Investitionsprogramm des Bundes für Kommunen begrüßt. Hierdurch sind umfangreiche Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen, unter finanzieller Beteiligung der Stadt Mainz, möglich.

Ein Teil dieser Bundes- und Stadtmittel wird zudem in die Steigerung der Attraktivität des Tagungs- und Kongressstandortes Mainz investiert. Nachdem im Jahre 2008 die Rheingoldhalle um den Gutenbergsaal erweitert wurde, bedarf nun der alte Teil einer Renovierung. Insbesondere im Bereich des Brandschutzes, aber auch um den heutigen Tagungsanforderungen zu entsprechen.

Beide Großprojekte (Sanierung Bürgerhäuser und Rheingoldhalle) befinden sich bereits in konkreter Planung bzw. Umsetzung. Bei den Bürgerhäusern und der Rheingoldhalle wurden und werden die Pläne im engen Dialog mit den Nutzern und den Akteuren vor Ort konkretisiert.

Soziales

Die Stadt Mainz muss jährlich einen erheblichen Fehlbetrag im Bereich der Sozialausgaben auffangen. Es handelt sich hier um Pflichtaufgaben, die die Kommunen aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen erfüllen müssen, ohne ausreichende Kompensation von Bund und Land zu erhalten. Die Nichteinhaltung des Konnexitätsgebots ist umso dramatischer, als diese Ausgaben stetig steigen und die Kommunen durch zusätzliche Verpflichtungen belastet werden.

Wir beauftragen daher den Stadtvorstand, sich auf allen Ebenen und in allen überregionalen Gremien dafür einzusetzen, dass das Konnexitätsgebot eingehalten wird und die Schuldenbremse des Landes sowie die Sparziele des Bundes nicht zulasten der Städte gehen. Insbesondere soll der Bund sich dauerhaft an den Kosten der Eingliederungshilfe nach SGB XII beteiligen.

Durch Ausbau der Ganztagsbetreuung im Kindergartenbereich und dem damit verbundenen Anstieg der Plätze über die letzten Jahre, ist vielen Frauen ein Wiedereinstieg in den Beruf möglich geworden. Das Betreuungsproblem beginnt für Familien nach dem Schuleintritt, da sich das gute Angebot im Kindergartenalter nicht adäquat für den Grundschulbereich fortsetzt. Um den Familien auch mit Kindern im Grundschulalter die Vereinbarkeit zu ermöglichen, bitten wir die Verwaltung für das Modellprojekt „Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen“ 50.000 Euro (Kennziffer 21101) zur Verfügung zu stellen.

Die durch die Tarifierhöhung notwendige Anpassung der Elternbeiträge für Horte und Krippen gemäß § 13 Abs. 4 Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz soll nicht zu Lasten junger Familien mit geringem und mittlerem Einkommen gehen. Wir bitten deshalb die Verwaltung die Vorlage 1442/2016 des Jugendhilfeausschusses wie folgt zu ändern, dass Familien aus unteren und mittleren Einkommensgruppen weniger stark belastet werden. Zu diesem Zweck wird der städtische Zuschuss im Doppelhaushalt 17/18 um 70.000 Euro erhöht. Dazu soll die Spreizung der Beiträge erweitert werden und nicht bei einem Einkommen von 3.100 Euro enden.

Die 120.000 Euro für die oben genannten Projekte werden durch eine Reduzierung des Verlustausgleichs an den Hospizfonds finanziert (Kennziffer 6102). Durch die gute Arbeit von Geschäftsführung, Belegschaft und Aufsichtsrat der Mainzer Altenheim GmbH konnte das laufende Defizit massiv zurückgeführt werden. Alle Beteiligten werden diese erfolgreiche Unternehmenspolitik weiterführen.

Die Bekämpfung von Armut bleibt eine wichtige kommunale Aufgabe. Um finanzschwächeren Mainzerinnen und Mainzern und deren Familien die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, insbesondere in den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport zu ermöglichen, wäre es gut, wenn der bisherige Sozialpass ergänzt werden könnte.

Zu einem neuen Konzept gehören für uns Vergünstigungen bei der Nutzung des ÖPNV, die unter dem bisherigen Preis der Sonderkarte Mainz liegen. Wir bitten die Verwaltung, in diesem

Bereich ein Konzept zu entwickeln, bei dem der Kreis der Bezugspersonen, am Beispiel der Familienkarte in Wiesbaden orientiert, erweitert wird. Die neuen Tarifstrukturen der MVG und zusätzlicher Angebote zur Teilhabe in den Bereichen Kultur, Sport und Bildung sollen in das Konzept mit einbezogen werden, und sind den zuständigen Gremien im 1. Quartal 2017 vorzulegen.

Kultur

Kultur macht den Menschen zum Menschen. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung und trotz teils schwieriger Rahmenbedingungen ist es wichtig, Investitionen im kulturellen Bereich beizubehalten, damit Mainz nicht nur als ein rein wirtschaftlich erfolgreicher Standort gilt, sondern auch weiterhin als lebens- und liebenswerte Stadt.

Das Staatstheater ist für die kulturelle Strahlkraft unserer Stadt von herausragender Bedeutung. Für Mainz bedeutet dies, das Theater weiterhin so zu finanzieren, dass ein lebendiger, moderner Spielbetrieb der Stadt überregional Charakter und Attraktivität verleiht. Das Staatstheater hat seit 2011 eine überaus erfreuliche Entwicklung genommen, kulturell sowie finanziell, und setzt damit seinen Teil zur Haushaltskonsolidierung erfolgreich fort. Die Besucher- und Auslastungszahlen sind auf dem höchsten Wert seit der Wiedervereinigung und die Einnahmen konnten nochmals um mehr als 500.000 Euro gesteigert werden.

Um den erfolgreich eingeschlagenen Kurs beizubehalten und das großartige Angebot als Drei-Sparten-Haus zu erhalten, bekennt sich die Stadt Mainz auch im Haushaltsplan 2017/18 mit Zuschüssen im gleichbleibenden Rahmen vergangener Jahre (Produktkennziffer 26101) zu ihrem Theater. Gleichzeitig wird die Stadt Mainz die grundsätzliche Debatte mit dem Land Rheinland-Pfalz als Mitgesellschafter über die Veränderung der Gesellschaftsstruktur weiterführen, um die Möglichkeit einer Senkung des städtischen Zuschusses auszuloten. Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit der ZBM die Grundlage für die Einbringung des KUZ-Grundstücks in eine neue Gesellschaft geschaffen. Mit der konzeptionellen Neuauflage wie auch der baulichen Sanierung ist das KUZ als kultureller Veranstaltungsort dauerhaft gesichert, bei dem die Tradition fortgeführt und gleichzeitig ein breiteres kulturelles Angebot neu etabliert werden kann.

Personalplanung

Angesichts notwendiger Sparsamkeit und neuer Herausforderungen sowie zur Vermeidung von Arbeitsüberlastung ist die Verwaltung unter anderem auch im Bereich des Bürgerservice in den Ortsverwaltungen weiterhin personell so auszustatten und so zu organisieren, dass sie ihre

Aufgaben bürgernah, zügig und effizient erfüllen kann. Eine solide Organisationsuntersuchung soll Stellenplanungen, aber auch Abläufe in der Verwaltung optimieren.

Ein Bereich, in dem eine solche Untersuchung erfolgt, ist die Baustellenkoordination. Vor dem Hintergrund, dass Grabungsanträge stark angestiegen sind, gibt es für diesen Bereich in der Verwaltung zu wenig Personal. Nicht nur städtische Gesellschaften wie die Stadtwerke oder der Wirtschaftsbetrieb müssen im Straßenraum arbeiten, sondern auch andere Firmen möchten ebenfalls Leitungen verlegen. Anstehende Aufwertungen, wie die der Bahnhofstraße, der Münsterstraße oder auch der großen Langgasse in den kommenden beiden Jahren, machen eine Optimierung der Abläufe ebenfalls notwendig.

Ein Bereich, in dem dies schon erfolgt ist, ist die Berufsfeuerwehr Mainz. Die Sicherheit der Mainzer Bürgerinnen und Bürger, ist ein hohes Gut. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Untersuchung durch eine externe Beratungsfirma, die auf Feuerwehren spezialisiert ist, Anfang des Jahres 2015. Darunter fallen u.a. auch die Ermittlung des Personalbedarfs sowie die Überprüfung der Stellenbewertungen im Einsatzdienst der Feuerwehr. Im Ergebnis der durchgeführten Organisationsuntersuchung empfehlen die Gutachter eine Anhebung der Stellen. Dieser Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürger wird die Stadt Mainz gerecht, indem sie eine Anhebung der Stellen im Amt 37 mit in den Haushalts- bzw. Stellenplan aufgenommen hat. Auch der zentrale Vollzugs- und Ermittlungsdienst soll im Interesse der öffentlichen Sicherheit gestärkt werden.

gez.

Dr. Eckart Lensch
*Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion*

gez.

Sylvia Köbler-Gross
*Fraktionssprecherin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat*

gez.

Walter Koppius
*Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion*

f.d.R.

Dr. Christine Pohl
*Fraktionsgeschäftsführung
SPD-Stadtratsfraktion*

f.d.R.

Caroline Blume
*Fraktionsgeschäftsführung
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

f.d.R.

Linus Junginger
*Fraktionsgeschäftsführung
FDP-Stadtratsfraktion*